

24.06.2010

Erklärung zu TOP 3 der Gemeinderatssitzung vom 24.06.2010

1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen-Energieversorgung

Wir sollen uns hier und jetzt einer Stellungnahme anschließen, die uns bis heute nicht in Gänze vorliegt. Das lehnen wir auf jeden Fall ab, da wir nicht wissen, über was wir konkret abstimmen sollen.

Unabhängig davon, haben wir nachfolgende Kritikpunkte:

Auch wenn wir aus der Sichtweise der Gemeindeverwaltung nicht direkt von der Änderung des Landesentwicklungsplans betroffen sind, sehen wir „Grüne“ uns durch das Kraftwerk Weisweiler und den Tagebau mit in der Verantwortung. Darum sollten wir gerade als Umsiedlungsgemeinde eine eigene Stellungnahme zu der Änderung des Entwicklungsplanes abgeben und uns nicht der Stellungnahme eines Dritten anschließen.

- Sinnvoller Weise wird in der Begründung zu dieser Änderung erklärt, den Anteil der erneuerbaren Energien zu steigern.

Gleichzeitig wird jedoch darauf verwiesen, dass wir einen Anteil von 70% Energie aus Kohlekraftwerken im Lande benötigen. So sind die Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Dem Grundsatz, CO₂ einzusparen und etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen, wird schon durch die Festlegung des hohen Anteils der Energie aus Kohlekraftwerken entgegen gewirkt. Darum halten wir es für erforderlich, den Ausstieg aus der Braunkohlenutzung mit dem Auslaufen der gültigen Betriebsgenehmigungen für die bestehenden Braunkohletagebaue festzuschreiben.

- Aus unserer Sicht ist nicht Energieerzeugung mit fossilen Energieträgern zu bevorzugen, sondern der Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren. Auch im Hinblick auf die Arbeitsplätze ist dieser Wirtschaftszweig zu stärken. Hier sind bisher viele neue Arbeitsplätze entstanden, hingegen wurden in der Großindustrie Arbeitsplätze reduziert.
- Durch die Festlegung der Standorte für Kraftwerke könnte es bei der Ausweitung des Gemeindegebietes zu Einschränkungen auch für die Gemeinde Inden kommen. Hier verweisen wir auf die Stellungnahme der Deutschen Umwelthilfe e.V., Berlin.

Zitat: „Weiterhin ist zu bemängeln, dass diese pauschale und verbindliche Sicherung von Kraftwerksstandorten zu schweren Nachteilen und massiven Einschränkungen bei benachbarten Kommunen führen wird, die bis zur

Existenzfrage führen können. Das ist umso beachtlicher, als die Verfasser des Planentwurfs es nicht einmal für notwendig erachtet haben, sich mit den Auswirkungen der Sicherung bestehender Kraftwerksstandorte zu befassen. Diese werden als Vorbelastung und damit als „unbeachtlich“ bezeichnet. Dabei wird übersehen, dass für viele der Standorte erstmals eine verbindliche landesplanerische Grundlage geschaffen werden soll, der Ist- Zustand also über die Betriebszeit der derzeitigen Anlagen hinaus zementiert wird und die Flächen der örtlichen Bauleitplanung faktisch entzogen werden. Dies führt zudem zu einer Ungleichbehandlung hinsichtlich der Belastungen.“ Zitat Ende

Diesen Einwand unterstützen auch wir „Grüne“, da wir entsprechende Einschränkungen für die Ortsteile Frenz und Lamersdorf befürchten.

- Positiv aus Sicht der Indener Grünen ist der Satz:

Die Landesregierung lehnt den Neubau von Kernkraftwerken weiterhin ab.

Jedoch auch hier gibt es eine Schattenseite. Denn die Nutzung von Kernenergie zu Forschungszwecken wird nicht ausgeschlossen.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Änderung des Landesentwicklungsplans ab und beantragen eine eigene Stellungnahme der Gemeinde Inden.

Hella Rehfisch
Fraktionsvorsitzende